

Allgemeine Vertragsbestimmungen der Kolpingstadt Kerpen zu Verträgen mit freiberuflich Tätigen

Inhaltsübersicht

- § 1 Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers
- § 2 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten
- § 3 Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer
- § 4 Auskunftspflicht des Auftragnehmers
- § 5 Herausgabeanspruch des Auftraggebers
- § 6 Urheberrecht
- § 7 Öffentlichkeitsarbeit
- § 8 Leistungsverzögerung
- § 9 Abnahme
- § 10 Vergütung
- § 11 Abrechnung
- § 12 Zahlungen
- § 13 Kündigung durch den Auftraggeber
- § 14 Kündigung durch den Auftragnehmer
- § 15 Haftung und Verjährung
- § 16 Haftpflichtversicherung
- § 17 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand
- § 18 Arbeitsgemeinschaften
- § 19 Anwendbares Recht, Schriftform, Sprache
- § 20 Rechtswirksamkeit
- § 21 Hinweis

§ 1 Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

1. Die Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik - soweit nicht weitergehende Forderungen (z.B. Stand der Technik) im Vertrag verlangt werden-, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit einschließlich der Grundsätze und Voraussetzungen für einen späteren wirtschaftlichen Betrieb des Bauwerks / der baulichen Anlage und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen. Die Leistungsanforderungen an den Auftragnehmer werden durch die Sachkunde des Auftraggebers nicht gemindert.

2. Der Auftragnehmer hat insbesondere zu beachten:

- 2.1 die kommunale Haushaltsverordnung NRW (KomHVO-NRW);
- 2.2 das Korruptionsbekämpfungsgesetz (KorruptionsbG);
- 2.3 das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW;
- 2.4 den Vierten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB);
- 2.5 die Vergabeverordnung (VgV);
- 2.6 die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen –(VOB);
- 2.7 die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO);
- 2.8 die Vergabeordnung der Kolpingstadt Kerpen.

3. Als Sachwalter seines Auftraggebers darf der Auftragnehmer keine Unternehmer - oder Lieferanteninteressen vertreten. Er hat gemäß seinem Berufs- und Standesrecht im Rahmen des Vertrages ihm übertragene Vermögensbetreuungspflichten ausschließlich für den Auftraggeber wahrzunehmen.

Weder der Auftragnehmer noch eine der in § 6 Abs. 3 und 4 VgV genannten Personen dürfen in einem von ihm vertragsgemäß betreuten Vergabeverfahren für einen Bewerber oder Bieter tätig sein, es sei denn, dass dadurch für den Auftragnehmer kein Interessenskonflikt besteht oder sich die Tätigkeiten nicht auf die Entscheidungen im Vergabeverfahren auswirken. Eine ausdrückliche schriftliche Zustimmung des Auftraggebers ist hierfür erforderlich. Dies gilt für alle Vergabeverfahren oberhalb, unterhalb oder außerhalb (s. § 100 Abs. 2 GWB) der in der VgV festgelegten Schwellenwerte für EG-Vergabeverfahren.

4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Richtlinien des Auftraggebers für die Planung, Ausführung und Unterhaltung städtischer Baumaßnahmen sowie die Auflagen zuschussgebender Stellen zu beachten.
5. Der Auftragnehmer hat seine Leistungen nach den Anordnungen und Anregungen des Auftraggebers zu erfüllen und etwaige Bedenken hiergegen dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen; er hat seine vereinbarten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und den anderen fachlich Beteiligten (vergleiche § 2) abzustimmen. Der Auftragnehmer hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seiner Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen. Sämtliche Unterlagen und Berechnungen sind dem Auftraggeber zur Erteilung eines Sichtvermerkes rechtzeitig vorzulegen und zu erläutern. Die Haftung des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch Anerkennung oder Zustimmung des Auftraggebers nicht eingeschränkt.

6. Notwendige Überarbeitung der Unterlagen bei unverändertem Programm und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen des Auftraggebers begründen keinen Anspruch auf zusätzliches Honorar.

Nicht vereinbarte Leistungen, die der Auftraggeber zur Herstellung der baulichen Anlage beziehungsweise der technischen Ausrüstung fordert, hat der Auftragnehmer mit zu übernehmen; das Honorar hierfür hat der Auftragnehmer vor Leistungsbeginn schriftlich mit dem Auftraggeber zu vereinbaren.

7. Der Auftragnehmer hat die genehmigten Kosten einzuhalten. Er hat nach den Weisungen des Auftraggebers eine eigene Kostenüberwachung durchzuführen und sie vierteljährlich - darüber hinaus auch auf ausdrückliches Verlangen - mit dem Auftraggeber abzustimmen.

Werden bei der laufenden Kostenkontrolle Kostenüber- oder Kostenunterschreitungen erkennbar, so hat der Auftragnehmer diese dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich unter Angabe der Gründe zur Entscheidung mitzuteilen und gegebenenfalls Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist der Auftragnehmer verpflichtet zu überprüfen, ob unter Ausschöpfung der technisch-wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten eine wesentliche Kostensenkung ohne Verminderung des Standards herbeigeführt werden kann. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über die von ihm im Rahmen der Prüfung nach Satz 1 ermittelten Möglichkeiten zur Kostensenkung zu informieren. Eine Nichtbeachtung der vorgenannten Pflichten zur Prüfung und Information ist unschädlich, wenn es sich um eine unwesentliche oder nur mit erheblichem Aufwand zu ermittelnde Möglichkeit zur Kostensenkung handelt.

Er hat dafür zu sorgen, dass die im Zeitplan festgesetzten Termine, insbesondere der Fertigstellungstermin, eingehalten werden. Abweichungen von der Terminplanung sind dem Auftraggeber sofort bei Erkennen werden mit entsprechender Begründung mitzuteilen.

Können für den Beginn und die Durchführung der Leistung seitens des Auftraggebers verbindliche Termine nicht angegeben werden oder werden die vorgesehenen Termine nicht eingehalten, so kann der Auftragnehmer hieraus keine Ansprüche herleiten.

8. Der Auftragnehmer hat die von ihm gefertigten Unterlagen als Verfasser zu unterzeichnen und übernimmt damit die Verantwortung für den Inhalt.
9. Der Auftraggeber entscheidet über die Vergabeart, die Firmenauswahl und veranlasst die Einholung von Angeboten.
10. Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass nur solche Arbeiten ausgeführt werden, die in den Planunterlagen, der Baubeschreibung, dem Kostenanschlag und den Leistungsverzeichnissen festgelegt sind.

Änderungen der Planunterlagen bedürfen zunächst der Zustimmung des Auftraggebers. Sie sind alsdann vom Auftragnehmer kostenmäßig zu veranschlagen. Hierbei ist anzugeben, ob und ggfs. an welcher Stelle des Kostenanschlages entsprechende Einsparungen erzielt oder ob zusätzlich Baumittel benötigt werden.

Der Auftragnehmer darf Änderungen erst in Auftrag geben, wenn ihm die Genehmigung des Auftraggebers schriftlich zugegangen ist.

11. Der Auftragnehmer leitet sämtlichen Schriftwechsel in Durchführung des Bauwerks, soweit er an städtischen Dienststellen gerichtet ist, über den Auftraggeber; Schriftwechsel mit Unternehmern teilt er dem Auftraggeber in Durchschrift mit.
12. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, vor Anwendung neuartiger Ausführungsverfahren und Verwendung neuer Baustoffe in geeigneter Weise den Qualitätsnachweis zu führen und die Zustimmung des Auftraggebers einzuholen. Er hat ferner auf Besonderheiten hinzuweisen, die im Hinblick auf die Unterhaltung und Benutzung des Bauwerkes zu beachten sind.
13. Soweit Leistungen nach der Entscheidung des Auftraggebers durch Sonderfachleute erbracht werden sollen, erfolgt die vertragliche Verpflichtung durch den Auftraggeber. Die Leistungen der Sonderfachleute werden von dem Auftraggeber unmittelbar vergütet.
14. Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen mit seinem eigenen Büro zu erbringen.
Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers ist eine Unterbeauftragung an Nachunternehmer zulässig.
- 14.1 Der Auftragnehmer darf sich gegenüber dem Auftraggeber nur durch Mitarbeiter vertreten lassen, die eine abgeschlossene Fachausbildung im kausalen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand haben.
- 14.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer die Auswechslung eines Mitarbeiters zu verlangen, wenn dieser auf Grund seiner bisher erbrachten Leistungen nicht mehr das Vertrauen des Auftraggebers hat. Der Auftraggeber kann darüber hinaus eine Ergänzung des Personals durch geeignete Fachleute verlangen, wenn die eingesetzten Mitarbeiter nicht in ausreichendem Maße eine rechtzeitige Planung oder einen störungsfreien Bauablauf gewährleisten.
- 14.3 Entsprechen die Leistungen des Nachunternehmers trotz Beanstandung durch den Auftraggeber nicht den Anforderungen, kann der Auftraggeber seine Zustimmung zur Beauftragung widerrufen mit der Folge, dass der Auftragnehmer die Leistung des Nachunternehmers selbst übernehmen muss oder mit Zustimmung des Auftraggebers einen anderen Nachunternehmer mit der Leistung beauftragt.
15. Der Auftragnehmer hat seiner Planung und seinen Leistungen die schriftlichen Anordnungen und Anregungen des Auftraggebers zugrunde zu legen. Etwaige Bedenken hiergegen hat er dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Er hat seine Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und den anderen fachlich Beteiligten (vgl. § 2) abzustimmen.
Der Auftragnehmer hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seiner Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen. Die Haftung des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch die Abstimmung mit dem Auftraggeber und die Entgegennahme von Arbeitsergebnissen durch ihn nicht eingeschränkt.
16. Der Auftragnehmer darf ihm übertragene Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers weiter vergeben.

17. Die Prüfung von Rechnungen mit **Skonto** der den Bau ausführenden Firma hat so zeitnah zu erfolgen, dass die geprüften Rechnungen **spätestens am 5. Werktag nach Eingang beim Auftragnehmer**, dem Auftraggeber vorliegen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, in angemessener Zeit festzustellen, ob eine Rechnung prüfbar ist. Diese Beurteilung darf nicht zulasten des Auftraggebers nach hinten verschoben werden. Bei Skontovereinbarungen ist die Skontofrist zugunsten des Auftraggebers einzuhalten. Ein besonderes Honorar kann seitens des Auftragnehmers dafür nicht beansprucht werden.

Sollte die Rechnung durch Verschulden des Auftragnehmers zu spät (Vorlage erst am 6. Werktag nach Eingang beim Auftragnehmer) beim Auftraggeber zur weiteren Verarbeitung eingegangen und dadurch ein Skontoabzug nicht mehr möglich sein, werden die hierdurch entstandenen Mehrkosten dem Auftragnehmer gem. § 280 Abs. 1 BGB angelastet.

In diesem Zusammenhang behält sich der Auftraggeber das Recht der Aufrechnung im Sinne der §§ 387 und 388 BGB vor.

§ 2 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten

1. Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer rechtzeitig über die Leistungen, die andere an der Planung und / oder Objekt-(Bau-)Überwachung fachlich Beteiligte zu erbringen haben und über die mit diesen vereinbarten Fristen/Termine.
2. Der Auftragnehmer erteilt den anderen fachlich Beteiligten rechtzeitig Auskunft und gewährt ihnen Einblick in seine Unterlagen, soweit dies für die Erfüllung ihrer Aufträge erforderlich ist. Er ist verpflichtet, diesen die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können. Verzögert sich der Projektablauf, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dies unverzüglich schriftlich dem Auftraggeber anzuzeigen.
3. Wenn während der Planung und Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten auftreten, so hat der Auftragnehmer unverzüglich die Entscheidung des Auftraggebers herbeizuführen.
4. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber, den anderen fachlich Beteiligten und dem ggf. beauftragten Projektsteuerer die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
5. Der Auftraggeber hat zu den vom Auftragnehmer vorgeschlagenen planerischen Lösungen die im Rahmen der jeweiligen Leistungsstufe notwendigen Entscheidungen in angemessener Frist zu treffen. Er nimmt bei der Anberaumung von Besprechungen Rücksicht auf die Arbeitsdispositionen des Auftragnehmers. Über Verzögerungen in der Entscheidungsfindung hat der Auftraggeber den Auftragnehmer zu unterrichten.
6. Wird erkennbar, dass die Vertragsziele voraussichtlich nicht erreicht werden können, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dies unverzüglich schriftlich dem Auftraggeber anzuzeigen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.
7. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Ausführung beauftragte Unternehmen oder gegen fachlich Beteiligte bzw. gegen ihn selbst ergeben können. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber bei der Geltendmachung seiner Ansprüche zu unterstützen; die Geltendmachung erfolgt durch den Auftraggeber.
8. Leistungsverweigerungsrechte wegen Meinungsverschiedenheiten oder fälliger Gegenforderungen stehen dem Auftragnehmer nicht zu.

§ 3 Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer

1. Der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den Auftraggeber unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem Auftraggeber.
2. Finanzielle Verpflichtungen für den Auftraggeber darf der Auftragnehmer nicht eingehen. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
3. Der Auftragnehmer darf unbeschadet § 2 Nr. 2 Dritten ohne Einwilligung des Auftraggebers keine Pläne aushändigen und keine Auskünfte geben, die sich auf das Vorhaben beziehen.

§ 4 Auskunftspflicht des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für die Baumaßnahme für abgeschlossen erklärt ist.

§ 5 Herausgabeanspruch des Auftraggebers

Die von dem Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen - Pläne oder Zeichnungen als Folienpausen und digitale Datenträger - sind an den Auftraggeber herauszugeben; sie werden dessen Eigentum. Die dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen sind dem Auftraggeber spätestens nach Erfüllung seines Auftrages zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

Auf Anforderung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer die vom Auftraggeber digital zur Verfügung gestellten Daten in seinem DV-System zu löschen.

§ 6 Urheberrecht

1. Urheberrechtlich geschütztes Werk

Soweit die vom Auftragnehmer gefertigten Unterlagen und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen urheberrechtlich geschützt sind, bestimmen sich die Rechte des Auftraggebers auf Nutzung, Änderung und Veröffentlichung dieser Werke nach 1.1 bis 1.4.

Als Werke der Baukunst im Sinne des Urheberrechtsgesetzes sind solche Unterlagen und Bauwerke anzusehen, die eine persönliche, geistige Schöpfung des Auftragnehmers darstellen und einen so hohen Grad an individueller ästhetischer Gestaltungskraft aufweisen, dass sie aus der Masse des alltäglichen Bauschaffens herausragen.

Gegen fachliche Weisungen des Auftraggebers kann der Auftragnehmer nicht einwenden, dass die von ihm im Rahmen des Auftrags erstellten Pläne und Unterlagen seinem Urheberrecht unterliegen.

- 1.1 Der Auftraggeber darf die im Rahmen des Vertrages vom Auftragnehmer erbrachten Pläne und Unterlagen sowie das ausgeführte Bauwerk ohne dessen Mitwirkung nutzen. Diese Befugnis gilt unbeschränkt. Die Unterlagen dürfen auch für eine etwaige Wiederherstellung des ausgeführten Werks benutzt werden. Der Auftraggeber ist auch bei vorzeitiger Beendigung sowie im Falle stufenweiser Beauftragung bei Nichtbeauftragung weiterer Leistungen berechtigt, die Planung und das Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers und ohne Zahlung eines Nutzungsentgelts zu vollenden. Das in diesem Absatz Vorstehende gilt explizit auch dann, wenn der Auftragnehmer z.B. nur mit der Vorplanung (Leistungsphase 2 nach HOAI) bzw. der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3 nach HOAI) beauftragt worden ist. In dem vertraglich vereinbarten Honorar ist die Übertragung der Nutzungsrechte enthalten und abgegolten.
- 1.2 Der Auftraggeber hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des Auftragnehmers. Das Veröffentlichungsrecht des Auftragnehmers unterliegt der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers, wenn Geheimhaltungs- bzw. Sicherheitsinteressen oder sonstige besondere Belange des Auftraggebers durch die Veröffentlichung berührt werden.
- 1.3 Der Auftraggeber kann seine Befugnisse nach 1.1 bis 1.3 im Rahmen des § 34 Urheberrechtsgesetz auf den jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen.
- 1.4 Die Nutzungsrechtsübertragung nach Ziff. 1.2 umfasst insbesondere das Recht des Auftraggebers, die Arbeitsergebnisse und Leistungen in Gänze oder in Teilen zu vervielfältigen, einschließlich der Errichtung der genannten Baumaßnahme. Mit eingeschlossen ist auch das Recht, die Arbeitsergebnisse und Leistungen, einschließlich der errichteten Baumaßnahme bzw. Vervielfältigungen hiervon, in Gänze oder in Teilen zu veröffentlichen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben, wie insbesondere öffentlich zugänglich zu machen und zu senden. Explizit ist der Auftraggeber u.a. nach Vorstehendem dazu befugt, Kopien des Werkes (Werk meint die Arbeitsergebnisse und Leistungen einschließlich der Baumaßnahme) bzw. von einem Teil des Werkes anzufertigen, bzw., sofern eine digitale Fassung des Werkes bzw. von einem Teil des Werkes nicht vorliegt, die Digitalisierung des Werkes bzw. von einem Teil des Werkes vorzunehmen. Diese Kopien bzw. die digitale Fassung des Werkes bzw. eines Teils des Werkes darf der Auftraggeber an Dritte auf welche Weise auch immer aushändigen bzw. weiterleiten. Auch ist der Auftraggeber dazu befugt, eine digitale Fassung des Werkes bzw. eines Teils des Werkes in das Internet-Angebot des Auftraggebers zum Abruf bzw. Download des Werkes bzw. eines Teils des Werkes durch Jedermann innerhalb und außerhalb Deutschlands einzustellen. Der Auftragnehmer hat kein Recht, bei der Veröffentlichung genannt zu werden. Der Auftraggeber darf den Auftragnehmer aber namentlich nennen, sofern dieser der Nennung nicht ausdrücklich widerspricht. Mit dem vertraglich vereinbarten Honorar ist die Übertragung der in diesem Absatz genannten Rechte abgegolten.
- 1.5 Der Auftraggeber darf die Unterlagen sowie das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers und ohne Zahlung eines Nutzungsentgelts ändern und bearbeiten (z.B. im Rahmen von An- und Umbauten, Umgestaltungen, Erweiterungen, Reparaturen, Änderungen bezüglich der Nutzung, Sanierungen, Modernisierungen), wenn die vom Auftraggeber vorzunehmende Interessenabwägung im Einzelfall ergeben hat, dass das Schutzinteresse des Auftragnehmers hinter dem Gebrauchsinteresse des Auftraggebers zurücktreten muss und das Werk nicht entstellt wird.

Müssen am ausgeführten Werk Mängel, die insbesondere eine Gefahr für die Sicherheit darstellen oder die Nutzung des Gebäudes beeinträchtigen und die nicht ohne eine Änderung des ursprünglichen Werkes behoben werden können, beseitigt werden, kann der Auftraggeber das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers und ohne Zahlung eines Nutzungsentgelts ändern. Ziff. 5.4 Satz 2 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Gebrauchsinteresses des Auftraggebers, das Interesse des Auftraggebers an einer mangelfreien Werkausführung tritt.

Vor Änderungen und Bearbeitungen soll der Urheber angehört werden.
In dem vertraglich vereinbarten Honorar ist die Übertragung der Änderungsrechte enthalten und abgegolten.
- 1.6 Verletzt der Auftragnehmer selbst schuldhaft Urheberrechte, stellt er den Auftraggeber bei Inanspruchnahme durch den verletzten Dritten frei. Dies gilt nicht, wenn sich der Auftraggeber selbst vorsätzlich oder grob fahrlässig verhält. In diesem Fall erfolgt die Aufteilung des Schadens unter Abwägung insbesondere der Verursachungs- und Verschuldensanteile.
- 1.7 Der AG ist berechtigt, sämtliche vorstehenden Nutzungsrechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen sowie Dritten hieran weitere Nutzungsrechte einzuräumen. Diese vorstehenden Rechte sind mit dem vertraglich vereinbarten Honorar abgegolten.
- 1.8 Die Ziffern 1.1 bis 1.7 gelten auch, wenn das Vertragsverhältnis aus welchem Rechtsgrund auch immer vorzeitig endet. Im Falle einer Beendigung des Vertrages, gleich aus welchem Rechtsgrund (z.B. Kündigung), umfasst die Nutzungsrechtsübertragung diejenigen Arbeitsergebnisse und Leistungen, die der Auftragnehmer bis zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung geschaffen hat.

2. Nicht urheberrechtlich geschütztes Werk

Besteht an den Arbeitsergebnissen und Leistungen und/oder dem Bauwerk kein urheberrechtlicher Schutz, ist der Auftraggeber zur Nutzung und zu Änderungen ohne Mitwirkung des Auftragnehmers berechtigt. Darüber hinaus hat der Auftraggeber das Recht zur Veröffentlichung der Unterlagen analog obiger Ziff. 1.4. Das Vorstehende gilt ausdrücklich auch, sollte der Vertrag vorzeitig aus welchem Rechtsgrund auch immer enden. Im Falle einer Beendigung des Vertrages, gleich aus welchem Rechtsgrund (z.B. Kündigung), stehen die in dieser Ziff. genannten Rechte dem Auftraggeber weiterhin zu.

§ 7 Öffentlichkeitsarbeit

1. Der Auftragnehmer hat die ihm im Rahmen der Baudurchführung bekannt gewordenen Vorgänge, Informationen und Unterlagen vertraulich zu behandeln. Diese Pflicht besteht auch nach Beendigung aller Leistungen unbegrenzt fort. Der Auftragnehmer hat Personen, die er mit der Erfüllung der Vertragspflichten beauftragt, zur Verschwiegenheit im Sinne von Satz 1 und 2 zu verpflichten.
2. Daten und Auskünfte über die Baumaßnahme darf der Auftragnehmer Dritten nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers weitergeben; §§ 2, Ziffer 4. und 7, Ziffer 1.1 bleiben davon unberührt. Anfragen der Medien hat er an den Auftraggeber weiter zu leiten.

§ 8 Leistungsverzögerungen

1. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Auftragnehmer zur vertragsgerechten Leistungserbringung anzuhalten und Anordnungen zu treffen, wenn der Auftragnehmer seine Tätigkeiten nicht zeitgerecht aufnimmt oder fortführt. Verzögert der Auftragnehmer eine Leistung, für die keine Vertragsfrist besteht, kann ihm der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Leistungserbringung setzen. Hält der Auftragnehmer diese Frist nicht für angemessen, hat er unverzüglich zu widersprechen und dem Auftraggeber den aus seiner Sicht erforderlichen Zeitraum für die Leistungserbringung unter Beachtung der Vertragsfristen zu benennen; der Auftraggeber entscheidet unter Würdigung der vom Auftragnehmer genannten benötigten Zeitdauer.
2. Verzögert sich die Leistung eines fachlich Beteiligten oder eine Entscheidung des Auftraggebers, kann der Auftraggeber, im Rahmen des Zumutbaren, Beschleunigungsmaßnahmen anordnen. Können Einzeltermine oder Vertragsfristen aus unabwiesbaren Gründen nicht eingehalten werden, gibt der Auftraggeber neue Termine oder Fristen vor, die die objektiv eingetretenen Terminverzögerungen berücksichtigen. Vor Anordnung von Beschleunigungsmaßnahmen oder der Festlegung von neuen Terminen oder Fristen hört der Auftraggeber den Auftragnehmer an und berücksichtigt seine Leistungsfähigkeit.
3. Der Auftragnehmer hat Anspruch auf Verlängerung von Einzelterminen oder Vertragsfristen, wenn er bei der Erbringung seiner Leistung durch einen Umstand aus dem Risikobereich des Auftraggebers oder durch höhere Gewalt oder andere für den Auftragnehmer unabwendbare Umstände behindert wird. Behinderungen hat er unverzüglich anzuzeigen. Unterlässt er diese Anzeige, obwohl ihm das nach den Umständen möglich gewesen wäre, hat er nur dann Anspruch auf Berücksichtigung behindernder Umstände, wenn dem Auftraggeber die entsprechenden Tatsachen und ihre hindernde Wirkung bekannt waren oder er diese hätte kennen müssen.

§ 9 Abnahme

1. Der Auftraggeber nimmt die Leistungen des Auftragnehmers nach Erbringung der letzten beauftragten Leistungsstufe ab; Voraussetzung ist, dass die Leistungen abnahmefähig fertig gestellt sind und keine wesentlichen Mängel erkennen lassen. Erstreckt sich die Weiterbeauftragung auf die Objektbetreuung / Dokumentation, findet nach Vollendung der Objekt-Überwachung/ Bauüberwachung eine Teilabnahme statt. Nach Erbringung der Leistungsstufe 1, kann auf Antrag einer Vertragspartei, eine Teilabnahme erfolgen. Sonstige Teilabnahmen finden nicht statt.
2. Die Abnahme hat gemeinsam und förmlich zu erfolgen. Das Ergebnis der Abnahme ist in einem gemeinsamen Protokoll festzuhalten; im Protokoll sind vorhandene Mängel festzustellen und die vertraglichen Erfüllungsansprüche vorzubehalten. Die Abnahmewirkungen treten auch ein, wenn der Auftraggeber dem Auftragnehmer schriftlich erklärt, dass er die Leistungen des Auftragnehmers als vertragsgemäß anerkennt.

§ 10 Vergütung

1. Alle Vergütungsregelungen sind vor Beginn der Leistungen schriftlich zu vereinbaren.
2. Notwendige Überarbeitungen der Leistungsergebnisse bei unveränderten Zielvorgaben und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen des Auftraggebers begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.
3. Ändert der Auftraggeber die vereinbarten Qualitäts-, Kosten- und Terminvorgaben nach Abschluss der Entwurfsplanung und muss deshalb die Vor- oder Entwurfsplanung nach grundsätzlich verschiedenen Anforderungen neu gefertigt werden, kann eine zusätzliche Vergütung vereinbart werden.
4. Zeithonorare sind auf der Grundlage der im Vertrag festgelegten Stundensätze durch Vorausschätzung des Zeitbedarfs als Fest- oder Höchstbetrag zu berechnen. Ist eine Vorausschätzung des Zeitbedarfs nicht möglich, so sind die Honorare nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf auf der Grundlage der vereinbarten Stundensätze zu berechnen.
- 4.1 Der Auftragnehmer hat die erbrachten Stunden durch qualifizierte, die Leistung genau bezeichnende Stundenbelege nachzuweisen. Die Stundenbelege mit Angabe der Bearbeiter sind dem Auftraggeber wöchentlich zur Gegenzeichnung zuzuleiten.
Unterlässt der Auftragnehmer eine fristgerechte Einreichung, hat er daraus resultierende Mehraufwendungen des Auftraggebers bei der Prüfung, z. B. durch die Einschaltung eines sachverständigen Dritten zur Leistungsbewertung, zu tragen.
- 4.2 Mit der Unterzeichnung von Stundenzetteln erkennt der Auftraggeber die Vergütungspflicht nach Grund und Höhe an, soweit er sich nicht schriftlich eine weitere Prüfung vorbehält; in diesem Fall werden die Vertragsparteien innerhalb einer Woche nach Erklärung des Vorbehalts eine Einigung suchen.
5. Wird erkennbar, dass die genehmigten Kosten nicht ausreichen, bzw. die Kostenobergrenze nicht eingehalten wird oder die vereinbarten Termine bei der Verfolgung der bisherigen Planung oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung nicht eingehalten werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich über die voraussichtlichen Mehrkosten oder zeitlichen Verzögerungen zu unterrichten und mögliche Einsparungen aufzuzeigen. Dabei hat er aus seiner Sicht mögliche Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Qualität, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts darzulegen.

6. Es bleibt dem Auftraggeber vorbehalten, die Gesamtleistung stufenweise nach vertraglichen Leistungsblöcken zu vergeben. Aus dieser stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine weiteren Beauftragungen, Vergütungsansprüche oder Schadenersatzansprüche ableiten.
7. In der ggfs. vereinbarten Nebenkostenpauschale sind sämtliche Kosten, insbesondere Kosten von EDV-Leistungen, von Personal-, Verwaltungs-, Reise-, Gemeinkosten u. ä. sowie von Ortsbesichtigungen, Gremienanwesenheit, Gesprächskreisen etc. abgegolten.
8. Für die Erteilung von Auskünften über eigene Leistungen im Zuge der Rechnungsprüfung erhält der Auftragnehmer keine zusätzliche Vergütung.
9. Nachforderungen nach erteilter (Teil-) Schlussrechnung sind ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber durfte aufgrund besonderer Umstände nicht davon ausgehen, dass der Auftragnehmer mit der (Teil-) Schlussrechnung eine endgültige Bewertung seiner Leistungen vorgenommen hat.

§ 11 Abrechnung

1. Sobald die vereinbarten Leistungen insgesamt vertragsgemäß erbracht sind, hat der Auftragnehmer sie prüffähig abzurechnen (Schlussrechnung).
Er hat die Schlussrechnung übersichtlich aufzustellen und dabei die Reihenfolge der Leistungspositionen gemäß der Gliederungsstruktur der Anlage zu den Spezifischen Leistungspflichten und den Vergütungsregelungen (Honorar, Nebenkosten, Umsatzsteuer) des Vertrages in der Schlussrechnung einzuhalten und die in den Vertragsbestandteilen enthaltenen Bezeichnungen zu verwenden. Die zum Nachweis von Art und Umfang der vertragsgemäß erbrachten Leistungen erforderlichen Unterlagen sind der Rechnung beizufügen.
Änderungen und Ergänzungen des Vertrags sind in der Schlussrechnung besonders kenntlich zu machen und auf Verlangen des Auftraggebers getrennt abzurechnen.
2. Die Schlussrechnung muss innerhalb von 2 Monaten nach vertragsgemäßer Erbringung der letzten Leistung eingereicht werden. Reicht der Auftragnehmer eine prüffähige Schlussrechnung nicht ein, obwohl ihm der Auftraggeber nach Ablauf dieser Frist dafür eine angemessene Nachfrist gesetzt hat, so kann der Auftraggeber die Schlussrechnung selbst auf Kosten des Auftragnehmers aufstellen. Die Ersatzschlussrechnung begründet dann ebenfalls die Fälligkeit der Vergütungsforderung des Auftragnehmers.

§ 12 Zahlungen

1. Auf Anforderung des Auftragnehmers werden Abschlagszahlungen für die nachgewiesenen Leistungen, einschl. Umsatzsteuer, gewährt. Die Abschlagszahlungen werden 18 Werktage nach Zugang des prüfbaren Nachweises fällig.
2. Die Schlusszahlung wird fällig, wenn die Leistungen abgenommen, die für die Berechnung der Vergütung maßgebenden anrechenbaren Kosten feststehen, der Auftragnehmer sämtliche Leistungen aus dem Vertrag erfüllt und eine prüfbare Rechnung eingereicht hat.
Alle Rechnungen (einschl. Nachweis für Nebenkosten) sind im Original mit zwei Durchschriften einzureichen.
3. Wird nach Annahme der Teil- / Schlusszahlung festgestellt, dass die Vergütung abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

Die Ausgaben des Auftraggebers unterliegen der Rechnungsprüfung durch die zuständigen Rechnungsprüfungsstellen. Die Rechnungsprüfung kann auch erst nach Ablauf mehrerer Jahre durchgeführt werden. Die gesetzliche Verjährungsfrist (§ 195 BGB) von Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung wegen insoweit festgestellter ungerechtfertigter Zahlungen bzw. Überzahlungen beginnt mit der Kenntnis des Auftraggebers vom Ergebnis der Rechnungsprüfung. Der Auftragnehmer muss bis zum Ablauf dieser Verjährungsfrist damit rechnen, dass er auf Erstattung dieser ungerechtfertigt gezahlten Beträge in Anspruch genommen wird.

4. Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 v.H. über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.
5. Unter Verzicht auf das Erfordernis der Gegenseitigkeit nach § 387 BGB willigt der Auftragnehmer ein, dass vertragliche und steuerliche Forderungen der Kolpingstadt Kerpen und seiner eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen gegen Forderungen des Auftragnehmers an eine dieser Gebietskörperschaften bzw. der vorgenannten Einrichtungen aufgerechnet werden.

§ 13 Kündigung durch den Auftraggeber

1. Der Auftraggeber kann bis zur Vollendung der beauftragten Leistung jederzeit den Vertrag kündigen.
2. Kündigt der Auftraggeber nach Ziffer 1, so ist der Auftragnehmer berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen. Er muss sich jedoch anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Kosten erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft und seines Unternehmens / Büros erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (§ 648 Satz 2, 2. Halbsatz BGB).
Gemäß § 648 S. 3 BGB wird demzufolge vermutet, dass dem Auftragnehmer auf den noch nicht erbrachten Teil der Werkleistung Entfallende vereinbarte Vergütungen von 5 % zustehen. Ein höherer oder niedrigerer entgangener Gewinn kann von den Parteien nachgewiesen werden.

3. Den Parteien steht das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund nach § 648a BGB zu. Ein wichtiger Grund i. S. d. § 648a Abs. 1 BGB liegt insbesondere vor, wenn der Auftragnehmer

- die vertraglichen Ziele (die Quantitäts- und Qualitätsziele, die Kostenziele, insbesondere die Kostenobergrenze, die Termine / Vertragsfristen) nicht einhält, ohne daran begründet gehindert zu sein,
- erkannt hat, dass die Einhaltung der Vertragsziele gefährdet ist, den Auftraggeber jedoch darüber nicht unverzüglich unterrichtet hat,
- seine Tätigkeit nicht rechtzeitig aufnimmt, sein gegebenenfalls vorzuhaltendes Baubüro nicht ordnungsgemäß personell und/oder sächlich ausgestattet vorhält,
- mit seiner Leistungserbringung in Verzug gerät (Schuldnerverzug),
- ohne vorher eingeholte Zustimmung des Auftraggebers Leistungen von Dritten (Nachunternehmern) oder von Mitarbeitern seines Unternehmens / Büros ausführen lässt, die nicht im gemeinsam abgestimmten Mitarbeiter-Verzeichnis zum Vertrag aufgeführt sind,
- gravierend gegen seine Vertragspflichten nach § 4 verstößt oder
- in sonstiger Weise wiederholt oder gravierend gegen die ihm vertraglich obliegenden Verpflichtungen verstößt
- und die jeweils dazu vom Auftraggeber gesetzte angemessene Frist mit Kündigungsandrohung zur Einhaltung, Nachholung oder Nacherfüllung seiner Verpflichtungen fruchtlos hat verstreichen lassen.

Wird der Vertrag nach Ziffer 3 aus wichtigem Grund gekündigt, hat der Auftragnehmer nur Anspruch auf Vergütung der bis zur Kündigung vertragsgemäß erbrachten Leistungen. Schadenersatzansprüche beider Seiten bleiben hiervon unberührt.

4. Der Auftraggeber kann auch kündigen, wenn der Auftragnehmer seine Zahlungen einstellt oder das Insolvenzverfahren beziehungsweise ein vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt oder ein solches Verfahren eröffnet wird oder dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird. Der Auftragnehmer hat dann nur Anspruch auf Vergütung der bis zur Kündigung vertragsgemäß erbrachten Leistungen.
5. Die Kündigung des Vertrages kann auf einen in sich abgeschlossenen Teil der vertraglichen Leistung beschränkt werden. Das gilt auch für innerhalb der einzelnen beauftragten Leistungsstufe zu erbringende Einzelleistungen. Nach Kündigung des Vertrages oder eines Teils davon ist der Auftraggeber berechtigt, die bisher erbrachten Leistungen des Auftragnehmers für die im Vertrag genannte Baumaßnahme zu nutzen und zu ändern. Entstehen dem Auftraggeber durch die Kündigung aus wichtigem Grund zusätzliche Kosten oder Aufwendungen, z.B. durch Verzögerung der Projektrealisierung oder Weiterbeauftragung an einen Dritten, gehen sie zu Lasten des Auftragnehmers. Der Auftraggeber kann Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen, wenn er aus Gründen, die zur Kündigung des Vertrages geführt haben, an der Ausführung der ursprünglich vereinbarten Leistung kein berechtigtes Interesse mehr hat.
6. Die Fristsetzung mit Kündigungsandrohung sowie die Kündigung sind schriftlich zu erklären. Bei Kündigung nach Ziffer. 3. oder 4. sind die Kündigungsgründe in kurzer, nachvollziehbarer Weise im Kündigungsschreiben darzulegen.
7. Der Auftragnehmer kann die Feststellung und Abnahme seiner bis zur Kündigung erbrachten Leistungen alsbald nach der Kündigung verlangen; er hat danach unverzüglich eine prüffähige Rechnung über seine ausgeführten Leistungen vorzulegen.
8. Eine wegen Verzugs verwirkte, nach Zeit bemessene Vertragsstrafe kann nur für die Zeit bis zum Tag der Kündigung des Vertrags gefordert werden.
9. Die Ansprüche der Vertragsparteien aus §§ 5, 6, 14, 15, 16 und 18 AVB bleiben unberührt.

§ 14 Kündigung durch den Auftragnehmer

1. Bei stufenweiser Beauftragung kann der Auftragnehmer den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der Auftraggeber die Leistungen für die jeweils folgende Stufe erst nach Ablauf von 24 Monaten nach Erfüllung / Abnahme der Leistungen der vorangegangenen Stufe beauftragt. Hieraus erwachsen keiner Vertragspartei Schadenersatz-, Entschädigungs- oder Vergütungsansprüche; die Ansprüche aus den bis dahin erbrachten Leistungen bleiben unberührt.
2. Der Auftragnehmer kann im Übrigen ebenfalls aus wichtigem Grund und nach Maßgabe des § 643 BGB kündigen.
- 2.1 Die Kündigung ist erst zulässig, wenn eine vom Auftragnehmer gesetzte angemessene Frist zur Nacherfüllung erfolglos verstrichen ist und in der Fristsetzung mit Aufforderung zur Nacherfüllung erklärt worden ist, dass der Vertrag nach fruchtlosem Verlauf gekündigt werde.
- 2.2 Die Fristsetzung mit Kündigungsandrohung sowie die Kündigung sind schriftlich zu erklären. Die Kündigungsgründe sind in kurzer, nachvollziehbarer Weise im Kündigungsschreiben darzulegen; enthält die Kündigung keine Kündigungsgründe, ist die Kündigung unwirksam.
- 2.3 Die bis zur Kündigung erbrachten vertraglichen Leistungen sind nach den vertraglich vereinbarten Vergütungsregelungen abzurechnen. Etwaige weitergehende Ansprüche des Auftragnehmers bleiben unberührt. Im Fall des Annahmeverzugs hat der Auftragnehmer Anspruch auf angemessene Entschädigung nach § 642 BGB; die Höhe der Entschädigung bestimmt sich nach der Dauer des Annahmeverzugs des Auftraggebers und der Höhe der vereinbarten Vergütung sowie nach dem, was der Auftragnehmer infolge des Verzugs an Aufwendungen erspart hat oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwerben kann. Für die ersparten Aufwendungen für die nicht erbrachten, vertraglichen Leistungen gilt § 12, Ziffer 3., 2. Absatz AVB entsprechend.
- 3.3 Die Ansprüche der Vertragsparteien aus §§ 5, 6, 14, 15, 16 und 18 AVB bleiben unberührt.

§ 15 Haftung und Verjährung

1. Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche des Auftraggebers richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.
2. Die Ansprüche des Auftraggebers aus diesem Vertrag verjähren in fünf Jahren. Die Frist beginnt mit der Abnahme der letzten nach dem Vertrag zu erbringenden Leistung gemäß § 9 AVB.
3. Im Falle einer stufenweisen Beauftragung des Auftragnehmers bis einschließlich Leistungsphase 8 beginnt die Verjährung aller Gewährleistungsansprüche einheitlich mit der Abnahme der Leistungsphase 8. Bei einer stufenweisen Beauftragung des Auftragnehmers nur bis zu einer früheren Leistungsphase beginnt die Verjährung einheitlich mit der Abnahme der letzten beauftragten Leistungsphase. Die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen der Leistungsphase 9 richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften.

§ 16 Haftpflichtversicherung

1. Der Auftragnehmer muss eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen und bis zum Ablauf der Gewährleistung unterhalten. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht.
Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
2. Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Zahlungen. Der Auftraggeber kann jede Zahlung vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.
3. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Versicherungsschutz in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Er ist in diesem Fall verpflichtet, unverzüglich durch Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages Deckung in der vereinbarten Höhe für die gesamte Vertragszeit nachzuholen, zu gewährleisten und nachzuweisen.

§ 17 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand

Als Erfüllungsort und Gerichtsstand wird 50171 Kerpen vereinbart.

§ 18 Arbeitsgemeinschaften

1. Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte im Vertrag genannte Mitglied die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem Auftraggeber gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem Auftraggeber unwirksam.
2. Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, auch nach deren Auflösung, gesamtschuldnerisch.
3. Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

§ 19 Anwendbares Recht, Werkvertragsrecht, Schriftform, Sprache

1. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
2. Die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB) finden ergänzende Anwendung.
3. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.
4. Für die Durchführung des Vertrages gilt ausschließlich die deutsche Sprache.

§ 20 Rechtswirksamkeit

1. Streitigkeiten aus diesem Vertrag berechtigen den Auftragnehmer nicht, die Arbeit zu unterbrechen.
2. Sollte eine der Bestimmungen dieser Allgemeinen Vertragsbestimmungen oder des in Verbindung mit diesen abgeschlossenen Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleiben die Allgemeinen Vertragsbestimmungen und der Vertrag gleichwohl gültig. Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichten sich, unwirksame oder unwirksam werdende Bestimmungen durch solche Bestimmungen zu ersetzen, die dem angestrebten Vertragszweck am nächsten kommen.
Dieselbe Regelung gilt auch für Vertragslücken.

§ 21 Hinweis

Die Kolpingstadt Kerpen hat die Bauausschreibung automatisiert und verwendet für die Erstellung und Prüfung der Leistungsverzeichnisse das Programm "Futura". Sofern der Ingenieur / Architekt mit den Leistungsphasen 6 bis 8 beauftragt wird, hat er für die Erstellung und Prüfung der Leistungsverzeichnisse das "Futura" Programm" bzw. ein entsprechendes Bauausschreibungsprogramm mit einer "GAEB"-Schnittstelle Format GAEB 90, für Leistungsverzeichnisse d83 und für die Angebote der Bieter d84 zu verwenden.

Pläne sind in Papierformat und als dwg-Format oder als dxf-Format beizufügen. Sofern keine Dateien im Format GAEB 90 wie zuvor beschrieben zur Verfügung gestellt werden, ist bei der Prüfung der Angebote ein mit Formeln überprüfbarer Preisspiegel im Excel-Format als Datei zu erstellen. Dieser Preisspiegel muss eine einfache rechnerische Prüfung der eingereichten Angebote ermöglichen. Ein Musterpreisspiegel kann bei der Zentralen Vergabestelle angefordert werden.